

Kuntze, Oscar-Erich

**Article**

## Irland: Der keltische Tiger lahmt

ifo Schnelldienst

**Provided in Cooperation with:**

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

*Suggested Citation:* Kuntze, Oscar-Erich (2002) : Irland: Der keltische Tiger lahmt, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 55, Iss. 13, pp. 33-40

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/163799>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

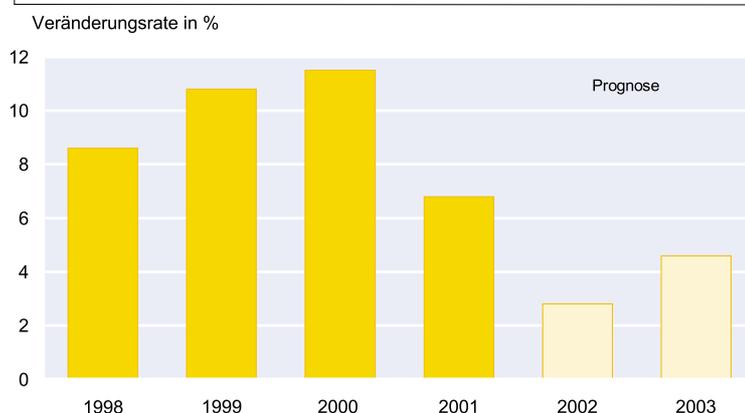
**Konjunkturreinbruch 2001. Allmähliche konjunkturelle Erholung 2002. Kräftige Zunahme des realen BIP 2003. Finanzpolitik stützt Nachfrage erheblich; aber öffentliche Haushalte geraten in die roten Zahlen. Geldpolitik 2002 deutlich, 2003 aber kaum noch expansiv. Einkommenspolitik quo vadis? Langsam abklingender, nach wie vor hoher Preisauftrieb. Verschlechterung der Lage auf dem Arbeitsmarkt. Weitere Passivierung der Leistungsbilanz.**

Das politische und soziale Umfeld wird im laufenden Jahr dominiert von der ausstehenden Ratifizierung des Vertrags von Nizza, die voriges Jahr per Referendum verhindert wurde, sowie den Parlamentswahlen vom Mai, die politische Kontinuität gewährleisten. Damit ist eine günstige Basis gegeben für den Abschluss eines neuen Sozialkontrakts für die Jahre 2003/2005, nachdem das laufende Abkommen aus dem Ruder gelaufen ist.

Im Juni 2001 wurde die Ratifizierung des Vertrages von Nizza durch das irische Parlament mittels Referendum bei sehr geringer Wahlbeteiligung knapp verhindert. Dabei hatten sich politische Randgruppen unterschiedlichster Art vehement gegen eine Annahme engagiert. Die Regierungsparteien und ihre Führungsriege schonten sich hingegen bei ihrem Einsatz, auf die tradierte EU-Konformität der Bevölkerung bauend. Um das insgesamt wenig gelungene Vertragswerk wäre es nicht schade, wenn dieses nicht auch die Grundlagen für die EU-Osterweiterung enthielte, die damit weiter in der Luft hängt. Dessen irischen Gegnern geht es, wie vielfach kolportiert, durchaus nicht um den Fluss von EU-Geldern an Irland über das Jahr 2006 hinaus. Vielmehr sorgen sie sich um die nach wie vor gegen Großbritannien gerichtete Neutralität, befürchten in einer von den großen Ländern dominierten und in ihren zentralistischen Kompetenzen gestärkten EU an Identität einzubüßen und wenden sich gegen die durch eine irische Teilnahme an den europäischen Krisenreaktionskräften gefährdete Tabuisierung von Atomwaffen. Die EU soll ab 2004 um mitteleuropäische Länder erweitert werden, so dass die Zeit drängt. Mit ihrer Bestätigung im Amt durch die jüngsten Parlamentswahlen hat die Regierung hierfür zwar eine gute Ausgangsbasis erhalten. Aber es wird einer intensiven Mobilisierung der Bevölkerung

durch die Pro-Europäer und umfänglicher Überzeugungsarbeit zur Steigerung der beim ersten Referendum mit 34% beschämend niedrigen Wahlbeteiligung – die den Vertragsgegnern nützte – bis zum Mitte Oktober 2002 geplanten zweiten Referendum bedürfen, da dessen Ausgang aus heutiger Sicht gemäß den Resultaten von Wählerumfragen offen ist. Erschwerend wirkt, dass jene kleineren politischen Formationen, die bei den Parlamentswahlen im Mai besonders stark an Stimmen gewinnen konnten, ausgesprochene Gegner des Nizza-Vertrages sind. Die anderen EU-Regierungen scheinen diese Entwicklung zu ignorieren, und auch die EU-Kommission und ihr Erweiterungskommissar machen weiter wie bisher. Das könnte sich rächen. Denn die während der neunziger Jahre erfolgten Veränderungen des irischen Selbstbewusstseins und die Umwälzungen in den meisten Bereichen der irischen Gesellschaft bleiben offenbar unbeachtet. Deren Selbstverständnis unterscheidet sich grundlegend von dem vorangegangener Jahrzehnte und Jahrhunderte, als Irland eine von Armut, Unterentwicklung, britischer Dominanz und Auswanderung geprägte, poli-

## Reales Bruttoinlandsprodukt



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

tisch und ökonomisch vernachlässigungswürdige Insel am Rande Europa gewesen war.

Im Mai 2002 fanden, ganz regulär, **Parlamentswahlen** statt. Erstmals seit 1969 haben die Bürger eine Regierung im Amt bestätigt – Lohn der vergangenen Boomjahre, der Fortschritte im nordirischen Befriedigungsprozess, aber auch ihrer harschen Reaktion auf die von der EU-Kommission Anfang 2001 gegenüber Irland ausgesprochene finanzpolitische Rüge. Gemeinsam errangen die bisher ein Minderheitskabinett bildende konservative Fianna Fail und die rechtsliberalen Progressive Democrats die Stimmenmehrheit im Parlament. Die vom alten und neuen Premierminister Ahern für seine Fianna Fail angestrebte absolute Mehrheit blieb ihm knapp verwehrt, obwohl die aus den Jahren nach 1987 datierenden und während der letzten fünf Jahre massiv aufgedeckten handfesten Korruptionsskandale seiner Partei anscheinend weitgehend vergessen sind. Bei den Oppositionsparteien sorgte verbreiteter Unmut über deren mangelhafte Leistungen für tief greifende Verschiebungen; lediglich Labour konnte seine Sitze behaupten. Die führende Oppositionspartei, die ebenfalls bürgerliche Fine Gael, verlor fast die Hälfte ihrer Mandate, während die Grünen, vor allem aber parteilose Kandidaten mit lokaler Basis kräftig zulegen. Letztere sind vielfach abgesprungene Mitglieder von Fianna Fail. Ministerpräsident Ahern hätte hier also eine Option, falls die Progressive Democrats ihre Forderungen bei Koalitionsverhandlungen zu hoch schrauben sollten. Zum nicht geringen allseitigen Schrecken konnte Sinn Fein, der politische Arm der IRA, die Zahl ihrer Abgeordneten von einem auf fünf erhöhen, wobei sie sich vor allem auf Wähler der Unterschicht stützt, die aus dem Wirtschaftsaufschwung der vergangenen Jahre keine Vorteile ziehen konnten, aber dessen Nachteile u.a. in Form der immer unzulänglicheren Infrastruktur in Kauf nehmen müssen.

So offen wie der Ausgang des nächsten Referendums über den Vertrag von Nizza erscheint auch der Abschluss eines neuen **Sozialkontrakts** für die Jahre 2003/2004, um den sich die Regierung zusammen mit Unternehmerverbänden und Gewerkschaften bemühen will. Im derzeitige 2000/2002 gültigen Abkommen werden die stabilitätspolitischen Ziele klar verfehlt. Und es gibt in beiden Regierungsparteien, besonders aber bei den Progressive Democrats, einflussreiche Stimmen, die weitere Sozialpakete, wie überhaupt den tradierten europäischen Gesellschaftsvertrag, ablehnen und amerikanischen Wirtschaftsrezepten wie Steuersenkungen und Sozialabbau zuneigen. Auf diese Weise könnte jedoch das in den letzten Jahren bedenklich gewachsene Gefälle zwischen den oberen und den unteren Einkommenschichten noch größer und der soziale Konsens so gestört werden, dass ein Rückfall in die von ausufernden Arbeitskämpfen geprägte Zeit bis zum Ende der siebziger Jahre denkbar erscheint. Diese, ökonomisch ausgesprochen kontraproduktiv, wurden ab 1979 durch eine neue gesellschaftliche Basis in Form meist dreijähriger

Sozialkontrakte abgelöst, welche das keltische Wirtschaftswunder erst ermöglichten. Die in letzter Zeit außer Kontrolle geratene Lohn- und Preisentwicklung sowie die wieder häufigeren Streiks sind ein Menetekel, das nach energischen Maßnahmen zur Verhinderung einer Lohn-Preis-Spirale und zur Wiederherstellung von sozialem Frieden und sozialer Kohärenz verlangt.

**Wirtschaftspolitisch** wird die bisherige investitionsfreundliche Linie grundsätzlich beibehalten. Man will die ausländischen Investoren im Lande halten und neue gewinnen. Gleichzeitig muss hierfür, und um den wachsenden Unmut in der Bevölkerung zu dämpfen, massiv in die Infrastruktur, vor allem in das Verkehrs-, Gesundheits- und Schulwesen sowie in den sozialen Wohnungsbau investiert werden. Da jedoch die öffentlichen Haushalte bereits 2002 ins Defizit geraten und die Fehlbeträge ceteris paribus in den Jahren danach rasch zuzunehmen drohen, sind Steuererhöhungen ebenso unausweichlich wie Abstiche bei den Ausgaben. Diese beiden Punkte sowie die Dämpfung des Lohn-Preis-Auftriebs sind vermutlich die entscheidenden Punkte bei der laufenden Regierungsbildung. Aber auch mit der wachsenden, die Bevölkerung zunehmend beunruhigenden illegalen Einwanderung, u.a. durch Asylsuchende, wird sich die Regierung schwerpunktmäßig befassen müssen.

### Wirtschaftsentwicklung 2001

Die **weltwirtschaftlichen Rahmendaten** stellten sich wie folgt dar: In den **Vereinigten Staaten** erhöhte sich das reale Bruttoinlandsprodukt um 1,2%. In **Japan** gingen Nachfrage und Produktion um 0,5% zurück. In **Mitteleuropa** expandierte die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um 2,6%. In **Westeuropa** nahm das reale Bruttoinlandsprodukt um 1,7% zu; in der EU stieg es ebenso stark, während es im Euro-Raum um 1,6 und in Deutschland um 0,6% ausgeweitet wurde. Der Einfuhrpreis für **Rohöl** betrug in den westlichen Industrieländern im Jahresdurchschnitt 24,40 US-Dollar pro Barrel; das sind ungefähr 14% weniger als im Jahr davor. **Industrierohstoffe** (ohne Öl) verbilligten sich gegenüber dem Vorjahr auf Dollarbasis um rund 7%. Der **Wechselkurs des Euro** betrug im Schnitt des Jahres 0,90 US-Dollar; 2000 waren es 0,92 US-Dollar. Das Volumen des **Welthandels** hat gegenüber 2000 annähernd stagniert.

Die Sprungkraft des »keltischen Tigers« **Irland** ließ drastisch nach. Damit wird auch das Ende eines gewaltigen Wachstumsschubs und Aufholprozesses markiert, der 1989/2000 im Schnitt eine gesamtwirtschaftliche Expansionsrate von 7,1% p.a. aufwies. Die harte Landung nach dem Boom war begrüßenswert angesichts der vorher zu beobachtenden vielfältigen konjunkturellen Überhitzungserscheinungen in Form von Knappheitserscheinungen bei den Sachkapazitäten und auf dem Arbeitsmarkt, einer teilweise

unerträglichen Überlastung der Infrastruktur und des starken Preisanstiegs. Export und hierdurch bedingt die Industrieproduktion gingen während der ersten drei Quartale deutlich zurück. Ausschlaggebend war die Flaute, in welche die Weltwirtschaft bereits vor den Ereignissen des 11. September geraten war. Dies hatte auch dämpfende Auswirkungen auf die Expansion der Inlandsnachfrage. Das reale **Bruttoinlandsprodukt** nahm »nur« noch um 6,8%, also fast halb so stark, zu wie im Jahr davor und immer noch wesentlich stärker als in allen anderen europäischen Ländern. Dabei verdeckt der zu Jahresbeginn bestehende hohe Überhang die bis zum Herbst erfolgte ausgeprägte konjunkturelle Abschwächung. Im vierten Quartal erholte sich die Industrieproduktion infolge des vom Wirtschaftswachstum in den USA stimulierten Exports. Gleichzeitig blieb die Leistungsbilanz passiv, und der Überschuss in den öffentlichen Haushalten verringerte sich in Relation zum BIP fast um zwei Drittel. Zudem stieg die Arbeitslosenquote.

Die **Ausfuhr** von Gütern und Diensten verlief sehr synchron mit der Wirtschaftsentwicklung in den Vereinigten Staaten, wohin mit ca. 15% ein im westeuropäischen Durchschnitt überdurchschnittlich hoher Anteil der Warenausfuhr geht, sowie mit der weltweiten Konjunktur in der IT-Branche. Die während der neunziger Jahre forcierte regionale und sektorale Ausrichtung ist also nicht ungefährlich. Mit 8,2% war die Zuwachsrate nur etwa halb so hoch wie im Jahre 2000. Dahinter steht eine Exportrezession, die in der jahresdurchschnittlichen Veränderungsrate nur deshalb nicht zum Ausdruck kommt, weil am Jahresanfang ein sehr hoher Überhang bestand. So sind die Lieferungen nach den USA geradezu eingebrochen. Generell kamen die retardierenden Effekte von den vielen hochproduktiven High-Tech-Tochtergesellschaften ausländischer Firmen, die sich, u.a. durch sehr günstige Unternehmensbesteuerung gelockt, über Jahre hinweg in großer Zahl angesiedelt hatten. Schwer getroffen wurde der Ausländertourismus – zunächst von der Maul- und Klauenseuche und dann vom starken Rückgang im transatlantischen Fremdenverkehr nach den Ereignissen vom 11. September. Die **Einfuhr** nahm etwas schwächer zu als die Ausfuhr, so dass bei gegenüber 2000 stabilen Terms of Trade ein in Relation zum BIP gleichbleibendes geringes Defizit der **Leistungsbilanz** resultierte.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** (1,3% nach 7,3% im Jahre 2000) gerieten in eine schwere Flaute. Mit nur kurzer Verzögerung reagierten die Ausrüstungsinvestitionen auf die Rezession von Industrieproduktion und Export sowie auf die deutlich verschlechterten Absatz- und Ertragsersparungen. Vor allem ausländisch beherrschte Unternehmen im IT-Sektor stornierten Investitionsvorhaben, also in dem zuvor boomenden Bereich, auf den nach wie vor langfristig große Hoffnungen gesetzt werden. Trotz der weiter kräftig expandierenden Nachfrage nach Wohnraum und verstärktem öffentlichen Engagement im Wohnungsbau, ließ der Schwung bei

diesem Nachfrageaggregat erheblich nach – Grundstückspreise und Baukosten haben Höhen und Steigerungsraten erreicht, welche den Immobilienerwerb für immer mehr Bürger unerschwinglich machen, gerade dort, wo die Wohnungen benötigt werden, also im Bereich der Agglomerationen. Auch beim gewerblichen Bau fand die Dynamik ein Ende, obwohl noch viele zu Boomzeiten angefangene Projekte fertig gestellt wurden. Aber zahlreiche geplante Vorhaben wurden auf Eis gelegt, gerade seitens ausländischer Tochtergesellschaften. Die Leerstandquote kletterte bei Fabrikgebäuden auf ca. 8%. Im Handel ist die Leerstandrate während des Jahres von 3 auf fast 10% gestiegen. Auch Büroraum war zunehmend ungenutzt. Die öffentliche Hand erfüllte hingegen die hochgesteckten Vorgaben des Nationalen Entwicklungsplans 2000/2006 und steigerte ihre Investitionen besonders in die Infrastruktur kräftig.

Die Wachstumsrate des **privaten Konsums** hat sich mit 5,5% gegenüber 2000 fast halbiert, obwohl die Einkommensteuer nochmals gesenkt wurde und die Zinsen zurückgegangen sind. Langsamer steigende Reallöhne, im Verlauf kaum noch expandierende Beschäftigung und zunehmende Arbeitslosigkeit wirkten retardierend. Das auf der Basis von Verbraucherbefragungen erhobene Konsumklima verschlechterte sich massiv, begleitet von einem deutlichen Anstieg der Sparquote. Dies machte sich besonders beim Absatz langlebiger Güter bemerkbar; der Absatz von Personautos sank um fast 30%. Von allen großen Nachfrageaggregaten hat einzig der **Staatsverbrauch** kräftig zugelegt (+ 7% nach 5,4% im Jahre 2000) im Zuge einer, auch mit Blick auf die Parlamentswahlen 2002, ausgeprägt expansiven Finanzpolitik.

Auf dem **Arbeitsmarkt** haben die Spannungen erheblich nachgelassen, waren jedoch noch keineswegs beseitigt. So bestand u.a. im öffentlichen Dienst noch großer Bedarf an Fachkräften und angelerntem Personal. Die Beschäftigung (+ 2,9% gegenüber 2000) ist im Verlauf kaum noch gestiegen, zuletzt sogar gesunken. Gleichzeitig nahm die Erwerbslosigkeit spürbar zu, und die Arbeitslosenquote stieg. Letztere lag mit 3,8% im Jahresmittel allerdings nach wie vor weit unter dem EU-Durchschnitt (7,6%).

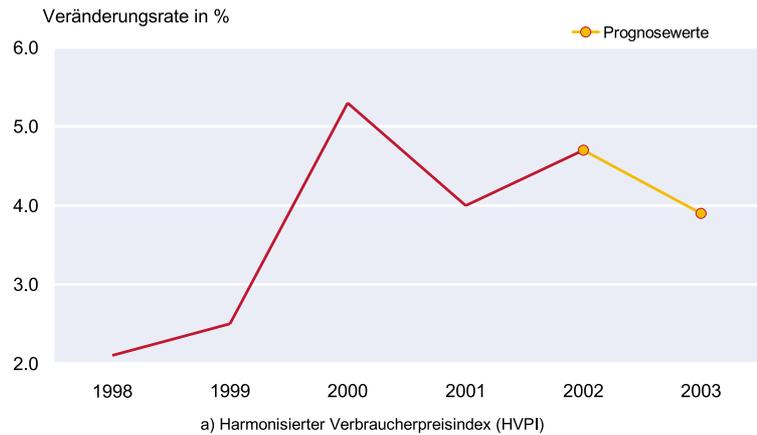
Die **Konsumentenpreise** sind mit 4% im Schnitt des Jahres zwar schwächer als im Jahre 2000, aber erheblich stärker als im Mittel der EU-Länder (2,3%) gestiegen, obwohl der Regelsatz der Mehrwertsteuer um 1 Prozentpunkt herabgesetzt und die fiskalische Belastung von Treibstoffen gesenkt worden war. Im Verlauf war der Preisauftrieb bis zur Jahresmitte sehr kräftig gewesen, bedingt durch gestiegene Rohölpreise, die Aufwertung des US-Dollar, witterungsbedingte Verteuerung von Saisonprodukten sowie die Maul- und Klauenseuche. Anschließend beruhigte sich die Inflation im Zuge der konjunkturellen Abschwächung, des sinkenden Ölpreises und des anziehenden Euro-Kurses.

## Wirtschaftspolitik

Von der Wirtschaftspolitik sind auch heuer wieder kräftige Impulse zu erwarten. Das gilt für Geld- und Finanzpolitik gleichermaßen. Die während der letzten Monate kräftige Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar wird erst im späteren Verlauf des Jahres allmählich dämpfend wirken. Der bisherige wirtschaftspolitische Kurs wird jedoch zunehmend problematisch. Die Finanzpolitik kann nicht mehr aus dem Vollen schöpfen, obwohl sie die infrastrukturellen Versäumnisse des letzten Jahrzehnts eher noch energischer als bisher angehen müsste. Sorge bereiten auch die erheblich über dem westeuropäischen Durchschnitt liegenden Lohn-erhöhungen, die immer mehr zur Belastung nicht nur für die Preisentwicklung, sondern auch für den Export werden. Im kommenden Jahr ist durchgehend eine weniger expansive wirtschaftspolitische Linie zu erwarten, wobei dem Abschluss eines Sozialpakts für die Jahre 2003/2005 besondere Bedeutung bei der Preisstabilisierung zukommt.

Die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) zielt weiter auf Preisstabilität ab. Sie stimuliert die Konjunktur im laufenden Jahr spürbar. 2003 dürfte sie zunächst etwa konjunkturneutral, im späteren Verlauf jedoch leicht restriktiv wirken. Bereits im Mai 2001 hatte die EZB ihren zuvor restriktiven monetären Kurs gelockert, obwohl der durch massive Rohölvertierung, Dollaraufwertung und die Tierseuchen MKS und BSE verursachte Preisschub noch nicht ausgelaufen war und die Expansion der neben dem Inflationsziel als Referenzgröße dienende Geldmenge M3 deutlich über dem Zielwert lag. Nach den Terroranschlägen vom 11. September in den USA wurde die geldpolitische Lockerung im Schulterschluss mit anderen Zentralbanken fortgesetzt. Insgesamt hat die EZB ihren Schlüsselzins in vier Schritten um insgesamt 1,5 Prozentpunkte auf zuletzt (November 2001) 3,25% gesenkt. Die hieraus resultierenden konjunkturstimulierenden Wirkungen werden sich erst heuer voll entfalten. Mit Blick auf den jetzt 1,75% betragenden Leitzins in den USA und den nur sehr zögernd beginnenden Aufschwung in Westeuropa wird auch jetzt noch verschiedentlich Spielraum für einen kleinen weiteren Zinsschritt nach unten gesehen. Zwar sind die Konsumentenpreise zuletzt (Mai 2002) im Vorjahresvergleich im Euro-Raum nur noch um 1,7% gestiegen, doch liegt die Kerninflationsrate nach wie vor über 2%, und die Aussichten auf eine rasche Abschwächung des Preisauftriebs sind gering, so dass die Teuerungsrate (HVPI) im Euro-Raum heuer wohl knapp über dem mittelfristig angestrebten Zielwert der EZB von unter 2% p.a. fallen dürfte. Damit würde das Inflationsziel nun zum dritten aufeinanderfolgenden Mal – wenn auch nur noch sehr knapp – verfehlt, womit allmählich ein Glaubwürdig-

### Konsumentenpreise<sup>a)</sup>



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

keitsproblem für die Zentralbank entsteht; diese hat denn auch erst kürzlich wieder vor Inflationsgefahren gewarnt. Auch steigt die Geldmenge M3 immer noch erheblich stärker als vorgesehen. Mit zuletzt (im Mai) 7,8% liegt die Zuwachsrates im Vorjahresvergleich weit über dem – auch für 2003 vorgegebenen – jahresdurchschnittlichen Zielwert von 4,5%. Liquidität zur Finanzierung des Aufschwungs ist also reichlich vorhanden. Weitere Zinssenkungen sind damit unwahrscheinlich geworden. Spätestens um die Jahreswende 2002/2003 ist daher bei in Gang gekommener Konjunktur eine Straffung der monetären Zügel wahrscheinlich. Die dürfte jedoch im Hinblick auf die weitere Festigung des Euro-Wechselkurses gegenüber dem US-Dollar – zuletzt hat der Euro die Parität zum US-Dollar erreicht, was von den Optimisten erst um die Jahreswende 2002/2003, von den übrigen Prognostikern noch später erwartet worden war – vorsichtig erfolgen; sollte es zu einer ausgeprägten Abwertung des US-Dollar gegenüber dem Euro kommen, wäre allerdings auch eine Zinssenkung denkbar. Die aus dem geldpolitischen Schwenk resultierenden bremsenden Wirkungen auf die Konjunktur wären kaum vor dem Sommer nächsten Jahres zu erwarten. Schon früher wird sich hingegen die Aufwertung des Euro allmählich bemerkbar machen. Die EZB führte bis jetzt in ihren monatlich wechselnden Begründungen für die laufenden Verfehlungen des Geldmengenziels stets Sonderfaktoren an und reagierte verschiedentlich mit kleinen Neudefinitionen von M3. Auf diese Weise ist das Vertrauen in den Euro jedoch nicht zu festigen. Und es drängt sich die Änderung des monetären Referenzwertes, so man an einem solchen festhalten will, auf. Die Euro-Bargeldeinführung ging auch hier glatter über die Bühne als erwartet. Die Bevölkerung hatte die neue Währung ganz überwiegend zustimmend akzeptiert. Allerdings wurde auch hier die zeitweilig getrübe Preis-transparenz im Dienstleistungssektor vor allem vom Hotel- und Gaststättengewerbe zu erheblichen Preissteigerungen genutzt.

Die Finanzpolitik hatte sich Anfang vorigen Jahres eine Rüge der EU-Kommission eingehandelt, weil sie trotz kräftigem Lohn- und Preisauftrieb und überhitzter Konjunktur einen sogar noch betont expansiven Kurs fuhr. Doch das war nicht der einzige Grund gewesen. Es ging außerdem um die irische Steuerpolitik, deren wettbewerbsverzerrende Wirkung durch das Budget 2001 – es sah Steuersenkungen und Ausgabenerhöhungen von zusammen rund 3,2 Mrd. € vor – noch verstärkt wurde; es war vor allem die geringe Steuerbelastung, die viele große (auch europäische) Unternehmen zur Errichtung von Niederlassungen in Irland veranlasste. Der Staatshaushalt 2002 (nun sind Fiskal- und Kalenderjahr identisch) war unter dem Eindruck des mittlerweile erfolgten Konjunkturabschwungs spürbar weniger expansiv, aber immer noch stark konjunkturanregend konzipiert worden. Steuergeschenke gab es zwar keine mehr, doch wurden die steuerlichen Freibeträge um 4,2% (erwartete Inflationsrate) erhöht und Sozialleistungen sowie Kindergeld sogar noch stärker angehoben. Andererseits sind einige indirekte Steuern, vor allem aber der Mehrwertsteuersatz zum 1. Januar 2002 um 1 Prozentpunkt auf 21% heraufgesetzt worden. Ein neuer Zahlungstermin für die Körperschaftssteuer, höhere Überweisungen seitens der Zentralbank und des Wohlfahrtsfonds bringen gut 2 Mrd. €, so dass noch ein geringer Überschuss von 170 Mill. € oder 0,7% des BIP budgetiert werden konnte, obwohl für investive und für laufende Ausgaben Zunahmen von jeweils 10% vorgesehen sind. Auch weil das Wirtschaftswachstum vermutlich zu hoch angesetzt ist, dürfte statt des Überschusses ein Fehlbetrag von mindestens 1% des BIP resultieren; während der ersten Monate dieses Jahres lagen die Ausgabensteigerung weit über und der Einnahmezuwachs spürbar unter den budgetierten Werten. Aber auch dann sinkt die öffentliche Verschuldung weiter auf ungefähr 33% des BIP (1987 waren es noch 111,8% gewesen). Denn an ihren Ausgabenplänen wird die Regierung nicht rütteln. Das gilt insbesondere für die Investitionen in das Verkehrssystem, das Gesundheits- und Bildungswesen sowie für den Wohnungsbau. Diese Bereiche gelten allgemein als unzureichend entwickelt. Sie sind vor allem im letzten Jahrzehnt zu kurz gekommen, als staatliche Mittel prioritär für Betriebsansiedlungen, Ausbildung, sowie in die Telekommunikations-Infrastruktur eingesetzt wurden. Im bis 2006 (ab 2007 erhält Irland keine Gelder mehr aus den Struktur- und Kohäsionsfonds der EU, weil das BIP pro Kopf dann 75% des EU-Durchschnitts – sogar erheblich – überschreitet) laufenden National Development Plan 2000/2006 sind Sachinvestitionen von 51,6 Mrd. € vorgesehen. Da die staatlichen Mittel hierfür nun nicht mehr ausreichen, versucht man es – trotz keineswegs überzeugender Erfahrungen in Großbritannien – mit dem Konzept der Private-Partnership, also der Beteiligung privater Investoren an öffentlichen Projekten, so auch bei der auf 7,2 Mrd. € veranschlagten U-Bahn für Dublin, bei mautpflichtigen Schnellstraßen, Eisenbahnverbindungen, Spitälern etc. In den kommenden Jahren wird der fi-

nanzpolitische Spielraum für eine konjunkturstimulierende Politik sehr eng. Die Jahre der vollen Kassen sind vorbei. Steuererhöhungen sowie Abstriche bei den Ausgaben werden in vielen Bereichen schmerzhaft die finanzpolitische Wende markieren.

Die Einkommenspolitik lief 2001 und auch heuer deutlich aus dem Ruder, obwohl das expansive Budget 2001 vor allem darauf abzielte, den Lohnauftrieb zu dämpfen, den sozialen Frieden wieder herzustellen und die Grundlage für einen Sozialpakt 2003/2005 zu legen; die Verhandlungen hierüber sollen gemäß regierungsseitiger Vorstellungen im Herbst offiziell aufgenommen werden. Das »Programme for Prosperity and Fairness 2000/2002« sah für 2001 Tariflohnerhöhungen von 5,5% vor. Diese Rate wurde unter dem Eindruck zunehmender Streiks im Laufe des Jahres in mehreren Schritten aufgestockt, so dass die Stundenlöhne einschließlich Wage drift im vorigen Jahr um annähernd 10% gestiegen sind. Es liegt auf der Hand, dass eine Fortsetzung dieser Entwicklung zumal bei fortgesetzter Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar die Exportwirtschaft (der Ausfuhranteil liegt bei 100% des BIP) und damit das Wirtschaftswachstum stark dämpfen würde. Zwar hat es auch in Finnland, das seit 1993 sehr erfolgreich Sozialkontrakte praktiziert, Ausrutscher gegeben. Aber nachdem die Löhne in Irland im Jahre 2000 um 8,8% geklettert waren und heuer nicht nennenswert schwächer steigen, drängt sich eine konzertierte Aktion von Regierung und Sozialpartnern zur Verringerung von Lohn- und Preisanstieg und zur Wiederherstellung von sozialem Frieden und sozialer Kohärenz geradezu auf. Dies vor allem vor dem Hintergrund der seit 1987 – beginnend mit dem »Programme for National Recovery 1987/90« – in ununterbrochener Folge geschlossenen meist dreijährigen Sozialpakete, welche einen entscheidenden Pfeiler für das irische »Wirtschaftswunder« bildeten. Wie der zuletzt verunglückte lohnpolitische Spagat zwischen Branchen mit schnellen und solchen mit langsameren Produktivitätsfortschritten sowie der Einkommensentwicklung im oberen und unteren Bereich aussehen wird, ist derzeit nicht vorstellbar. Die konjunkturelle Abkühlung, die Gewissheit, dass das große Jahrzehnt des »keltischen Tigers« und der reichlich gefüllten Staatskasse vorbei ist, die Gefahr einer Abwanderung der auf billige Arbeitskräfte basierenden Produktionen nach Mitteleuropa wächst, potentielle Investoren auch durch die zunehmende soziale Unrast irritiert sind und die steigende Kriminalität wesentlich dem vielfach sinkenden Lebensstandard der unteren Einkommensgruppen zugeschrieben wird, dürfte gleichermaßen ernüchternd wie konsensbildend auf die Sozialpartner wirken.

### Wirtschaftswachstum 2002

Als weltwirtschaftliche Rahmendaten werden unterstellt: In den Vereinigten Staaten erhöht sich das reale Bruttoin-

landsprodukt um etwa 2<sup>1</sup>/<sub>4</sub>%. Die gesamtwirtschaftliche Erzeugung steigt in Japan um ca. 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub>%. In Mitteleuropa nehmen Nachfrage und Produktion um etwa 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub>% zu. In Westeuropa wird das reale Bruttoinlandsprodukt um rund 1% ausgeweitet; für die EU und den Euro-Raum sind ähnliche Raten zu erwarten, während die Zunahme in Deutschland knapp 3<sup>1</sup>/<sub>4</sub>% beträgt. Der Einfuhrpreis für Rohöl liegt in den westlichen Industrieländern im Schnitt des Jahres bei 24 US-Dollar pro Barrel. Die Preise für Industrierohstoffe (ohne Öl) sinken gegenüber 2001 um ungefähr 3%. Der Wechselkurs des Euro bewegt sich im Jahresdurchschnitt innerhalb einer Bandbreite von 0,90 bis 1 US-Dollar. Das Volumen des Welthandels expandiert in einer Größenordnung von 2<sup>3</sup>/<sub>4</sub>%.

Die konjunkturelle Erholung in Irland hängt trotz weiterhin expansiver Wirtschaftspolitik infolge seiner sehr ausgeprägten Ausfuhrabhängigkeit wesentlich von dem sich unter Schwankungen vollziehenden Aufschwung in den USA sowie von der, vermutlich nur allmählichen, Überwindung der weltweiten Flaute im IT-Bereich ab. Die Erholung des Exports wird deutlich ausfallen, aber infolge des nach wie vor sehr starken Lohnanstiegs sowie der fortgesetzten Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar spürbar langsamer erfolgen als zunächst erwartet. Der private Konsum expandiert bei annähernd stagnierender Beschäftigung und zunächst steigender Arbeitslosigkeit schwächer als im Vorjahr, während der Staatsverbrauch dynamisch zunimmt. Trotz neuerlich stark erhöhter öffentlicher Investitionen ist bei den Bruttoanlageinvestitionen insgesamt mit einem Rückgang zu rechnen. Das reale Bruttoinlandsprodukt dürfte um etwa 2<sup>3</sup>/<sub>4</sub>%, im Verlauf also nur allmählich beschleunigt, ausgeweitet werden. Hierauf lassen auch die Resultate von Unternehmensbefragungen schließen. So haben sich zwar die Produktionserwartungen seit vorigem Herbst erheblich verbessert. Aber die Orderbestände sind seither nicht wesentlich günstiger beurteilt worden; das Niveau der Exportaufträge wurde im Mai sogar so ungünstig eingeschätzt wie im Schnitt des vierten Quartals 2001. Preis- und Lohnauftrieb lassen allmählich nach. Die Leistungsbilanz weist einen erhöhten Fehlbetrag auf.

Die Erholung des Exports von Gütern und Dienstleistungen (rund + 3%) wird weiter gebremst von der nur allmählich auslaufenden weltweiten Nachfrageschwäche bei Komponenten und Fertigprodukten des IT-Sektors. In Irland wurde dieser weitestgehend von ausländischen Multinationals aufgebaut, ist fast zur Gänze exportorientiert und hat eine fast schon zu große Bedeutung für die irische Wirtschaftsentwicklung gewonnen. Ferner besteht eine relativ hohe und angesichts des volatilen und vermutlich schwächer als zu meist erwarteten Aufschwungs in den USA gefährliche Abhängigkeit von den Lieferungen nach Nordamerika. Und schließlich findet der bedeutende Ausländertourismus nur schleppend aus dem Tief heraus, in das er nach dem

11. September 2001 geraten war. Retardierend wirken zudem die sehr starken Lohnerhöhungen, welche bei internationalen Konzernen ein Ausweichen auf Produktionsstätten in anderen Ländern provozieren könnten. Hinzu kommt die allmähliche Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar. Diese tangiert zwar nicht den Absatz im Euro-Raum, wohin 31% der Warenausfuhr gehen, wohl aber in Großbritannien, dessen Währung ebenfalls gegenüber dem Euro an Wert verliert, und das 19% der Güterexporte abnimmt. Da die Einfuhr etwa im Rhythmus der Ausfuhr zunimmt, dürfte sich das Defizit der Leistungsbilanz in Relation zum Bruttoinlandsprodukt trotz leicht verbesserter Terms of Trade gegenüber 2001 annähernd verdoppeln.

Die Bruttoanlageinvestitionen werden vermutlich, hierauf deuten auch die gesunkenen Auftragsbestände hin, gegenüber 2001 leicht zurückgehen, obwohl die Bautätigkeit der öffentlichen Hand (vorwiegend im Verkehrs-, Gesundheits- und Bildungssektor) weiter stark ausgeweitet wird. Obwohl der Staat auch seine Wohnungsbauinvestitionen nochmals deutlich ausweitet, lässt die abwärts gerichtete Entwicklung der Baugenehmigungen (die teilweise auf absehbare Zeit gar nicht genutzt werden) auf eine Fortsetzung der Rezession in diesem Bereich schließen; die Zahl der fertiggestellten Wohneinheiten pro Kopf war in den letzten Jahren vor Portugal die mit Abstand höchste in Westeuropa. Hohe Bau- und Grundstückspreise auch im weiteren Umfeld der Agglomerationen, unsicherer gewordene Beschäftigungs- und Konjunkturperspektiven sowie die fehlende Infrastruktur wirken retardierend. Im gewerblichen Bau werden wieder zahlreiche Projekte auf Eis gelegt, bedingt durch rasch gestiegene Leerstände sowie vorsichtiger beurteilte Ertragsaussichten. Zudem drücken gerade fertig gestellte Objekte auf den Markt. Die Ausrüstungsinvestitionen dürften ebenfalls sinken. Denn die Anlagen der in den letzten Jahren errichteten Fabriken bedürfen noch nicht der Erneuerung und sind überdies sehr produktiv. Zudem liegt die Auslastung der Kapazitäten in der verarbeitenden Industrie unter dem langfristigen Durchschnitt, was die Erweiterungsinvestitionen dämpft. Im nicht-staatlichen Dienstleistungsbereich verringern sich u.a. die Investitionen im Tourismus und verbundenen Sektoren (Luffahrt etc.).

Der private Konsum dürfte sich um ca. 3<sup>1</sup>/<sub>4</sub>%, also um weniger als die Reallohnsteigerungen erhöhen, was im Verlauf eine allmähliche Beschleunigung der Zunahme impliziert. Diese Annahme wird durch das auf der Basis von Verbraucherbefragungen ermittelte Konsumklima gestützt, welches sich zwar seit vorigem Herbst erheblich verbessert, aber noch nicht wieder ein Niveau erreicht hat, das auf eine lebhaft expandierende Nachfrage der privaten Haushalte schließen ließe. Infolgedessen ist mit einer weiter steigenden Sparquote zu rechnen, stimuliert durch die verschlechterte Situation auf dem Arbeitsmarkt und die Notwendigkeit, zum Erwerb einer Immobilie mehr als bisher zu sparen. Der

Staatsverbrauch wird um rund 6% ausgeweitet, was etwa den seit 1997 registrierten Raten entspricht.

Auf dem Arbeitsmarkt wird die Situation zunächst noch ungünstiger, obwohl in vielen Bereichen noch nicht von einer deutlichen Entspannung gesprochen werden kann. Vor allem im öffentlichen Dienst besteht weiter erhebliche Personalknappheit, und die Nachfrage nach qualifizierten Kräften ist im Allgemeinen immer noch lebhaft. Im Verlauf sinkt die Beschäftigung noch etwas, und die Arbeitslosigkeit steigt. Verschiedentlich werden weiter Kräfte entlassen. Das gilt besonders für die Baubranche, in der während der letzten Jahre eine wachsende Zahl von Ausländern Anstellung fand. Der seit 1992 positive Wanderungssaldo sinkt konjunkturbedingt: Zuwanderer waren bisher etwa zur Hälfte Iren (nicht nur aus Großbritannien, sondern auch aus den USA, wobei Wohnungsknappheit und Engpässe der öffentlichen Infrastruktur einen noch kräftigeren Rückstrom verhinderten) und Ausländer (u.a. aus Südafrika, Mitteleuropa) vorwiegend im Alter von 25 bis 44 Jahren mit meist guten beruflichen Qualifikationen. Allerdings wird der wachsende Zustrom illegaler Einwanderer und Asylsuchender mit meist fehlende Ausbildung immer mehr zu einem sozialen und politischen Problem. Das Beschäftigungsniveau dürfte etwa jenem von 2001 entsprechen, während sich die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt auf ungefähr 4<sup>3</sup>/<sub>4</sub>% erhöht. Das Ziel von Fás, der irischen Aus- und Fortbildungsinstitution, in den Jahren 2001 bis 2005 etwa 200 000 Arbeitskräfte im Ausland zu rekrutieren, wird sich vermutlich nicht halten lassen.

Die Konsumentenpreise steigen im Jahresmittel um gut 4<sup>1</sup>/<sub>2</sub>%. Das wäre die höchste Rate in Westeuropa (vor Griechenland) und mehr als doppelt so viel wie der Durchschnitt. Etwa 1 Prozentpunkt hiervon entfällt auf Erhöhungen indirekter Steuern, so wurde der höchste Mehrwertsteuersatz um 1 Prozentpunkt auf 21% heraufgesetzt. Die witterungsbedingt kräftig verteu-

erten Saisonprodukte sowie verschiedentlich zu beobachtenden deutlichen Preissteigerungen im Zuge der Einführung des Euro-Bargelds führten während der ersten Monate zu einem Inflationsschub. Seither wirken die abgekühlte Konjunktur, niedrigere Rohölpreise sowie aufwertungsbedingt verbilligte Importe stabilisierend. Eine nennenswerte Inflationsberuhigung ist indes aufgrund des starken Lohnauftriebs wenig wahrscheinlich, denn wie Umfragen ergaben, glauben die Unternehmen diese und andere Kostensteigerungen in zunehmendem Maße auf die Preise abzuwälzen zu können.

### Wirtschaftsentwicklung 2003

Als weltwirtschaftliche Rahmendaten werden angenommen: In den Vereinigten Staaten expandiert das reale Bruttoinlandsprodukt um rund 3<sup>1</sup>/<sub>4</sub>%. Nachfrage und Produktion nehmen in Japan um etwa 1<sup>1</sup>/<sub>4</sub>% zu. In Mitteleuropa steigt die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um ungefähr 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub>%. In Westeuropa, in der EU und im Euro-Raum erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt um 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub>%; in Deutschland beträgt die Zunahme ca. 2<sup>1</sup>/<sub>4</sub>%. Der Importpreis für Rohöl beträgt in den westlichen Industrieländern im Jahresdurchschnitt ungefähr 24 US-Dollar pro Barrel. Industrierohstoffe (ohne Öl) kosten etwa 7% mehr als 2002. Der Wechselkurs des Euro liegt im Mittel des Jahres innerhalb einer Bandbreite von 0,95 bis 1,05 US-Dollar. Das Volumen des Welthandels dürfte in einer Größenordnung von 7% ausgeweitet werden.

In Irland verlangsamt sich der konjunkturelle Aufschwung im weiteren Verlauf des Jahres infolge der weniger expansiven Wirtschaftspolitik sowie des leicht verlangsamteten Wirtschaftswachstums in den westlichen Industrieländern – es liegt aber weiter deutlich über deren Durchschnitt. Die während der neunziger Jahre beobachtete Sprungkraft des »keltischen Tigers« kehrt jedoch nicht wieder; hierauf lassen auch jüngst pu-

#### Veränderungsraten des realen BIP und seiner Komponenten

– in % –

	2000	2001	2002 <sup>a)</sup>			2003 <sup>a)</sup>		
			ESR <sup>b)</sup>	EU <sup>c)</sup>	OECD <sup>d)</sup>	ESR <sup>b)</sup>	EU <sup>c)</sup>	OECD <sup>d)</sup>
Bruttoinlandsprodukt	11,5	6,8	3,6	3,5	2,9	5,0	6,1	5,1
Inlandsnachfrage	9,2	4,5	n.a.	3,9	2,4	n.a.	4,9	5,3
Privater Verbrauch	10,0	5,5	4,3	4,3	3,5	4,4	5,9	5,5
Staatsverbrauch	5,4	7,0	4,9	5,5	5,7	5,0	3,3	4,1
Bruttoanlageinvestitionen	7,3	1,3	1,8	2,4	-2,7	3,5	3,9	5,8
Exporte <sup>e)</sup>	17,8	8,2	4,9	5,5	3,3	6,4	10,0	9,4
Importe <sup>e)</sup>	16,6	6,5	5,0	6,4	2,4	5,8	9,7	9,3
Industrieproduktion (ohne Bau)	15,4	10,2	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.
Konsumentenpreise (HVPI)	5,3	4,0	4,2	4,5	3,7	3,8	3,3	3,1
Arbeitslosenquote	4,2	3,8	4,6	4,5	4,9	4,4	4,4	4,9
Leistungsbilanz (Saldo) <sup>f)</sup>	-0,6	-0,6	-1,3	-1,4	-1,1	-1,5	-1,1	-0,7
Finanzierungssaldo des Staates <sup>g)</sup>	4,5	1,7	-1,0	0,6	0,1	0,3	0,2	-0,3

<sup>a)</sup> Schätzungen. – <sup>b)</sup> The Economic and Social Research Institute, Dublin, vom April 2002. – <sup>c)</sup> Kommission der EU, Brüssel, vom April 2002. – <sup>d)</sup> Organisation for Economic Co-operation and Development, Paris, vom April 2002. – <sup>e)</sup> Güter- und Dienstleistungen. – <sup>f)</sup> In Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP).

blizierte Langfrist-Szenarien – etwa des Dubliner Economic and Social Research Institute – schließen. Immerhin hat der staunenswerte, über anderthalb Jahrzehnte reichende Wachstumsschub Irland zu einer der wohlhabendsten Nationen gemacht. Das reale **Bruttoinlandsprodukt** expandiert um etwa 4<sup>1</sup>/<sub>2</sub>%. Der Export bildet die wichtigste Triebkraft der Konjunktur, was die Bruttoanlageinvestitionen und den privaten Konsum allmählich mitzieht. Bei der Ausweitung des Staatsverbrauchs wird man aus finanziellen Gründen zurückstecken. Auf dem Arbeitsmarkt bessert sich die Situation nur allmählich. Lohn- und Preisauftrieb verlieren zunächst noch an Schwung. Die Leistungsbilanz bleibt in den roten Zahlen.

Die **Ausfuhr** von Gütern und Dienstleistungen expandiert mit ca. 8% etwas dynamischer als der Welthandel, auch weil der Ausländertourismus wieder deutlich anzieht. Anregend wirkt das im Vergleich zu 2002 erheblich höhere Wirtschaftswachstum vor allem in Nordamerika und in Europa. Da Lohn- und Preisauftrieb und damit trotz leicht überdurchschnittlicher Produktivitätsfortschritte auch der Anstieg der Lohnstückkosten jedoch vergleichsweise stark bleiben und der Euro gegenüber dem US-Dollar weiter aufwertet, verschlechtert sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit. Zudem ebbt die hochgehende Woge der exportorientierten Neugründungen Tochtergesellschaften ausländischer Unternehmen weiter ab. Der **Import** nimmt fast im Rhythmus der Ausfuhr zu. Trotz nochmals verbesserter Terms of Trade bleibt daher die Leistungsbilanz in den roten Zahlen.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** (ca. + 3%) werden vor allem von der günstigeren Exportkonjunktur stimuliert, obwohl die Zinsen weiter aufwärts tendieren. Im Einzelnen wird die Entwicklung recht unterschiedlich verlaufen. Die Ausrüstungsinvestitionen expandieren infolge günstigerer Absatz- und Ertragsersparungen zügiger, auch weil Rationalisierungspotentiale genutzt werden, um der sinkenden preislichen Wettbewerbsfähigkeit zu begegnen. Hierdurch wird indes

die Lage im gewerblichen Bau insgesamt nicht durchgreifend verbessert. Denn in Bürobauten etc. dürfte bei nur langsam sinkenden Leerständen nochmals weniger investiert werden. Der Wohnungsbau findet bei anhaltend hohem Bedarf (vor allem an Sozialwohnungen) im späteren Verlauf des Jahres allmählich aus der Rezession heraus, auch weil sich Bau- und Grundstückspreise weniger inflationär entwickeln und Gebiete mit billigerem Bauland infrastrukturell besser an die Zentren angeschlossen werden. Die öffentlichen Infrastrukturinvestitionen werden neuerlich aufgestockt, aber aufgrund der beengteren staatlichen Finanzlage wesentlich weniger als in den Jahren zuvor.

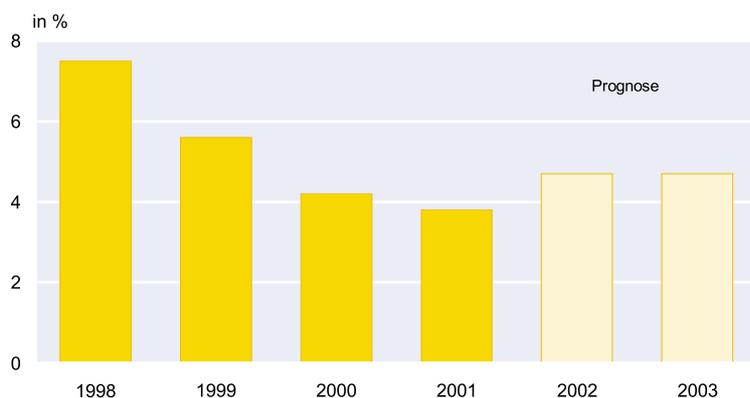
Der **private Konsum** nimmt mit ungefähr 4% so langsam zu wie seit Mitte der neunziger Jahre nicht mehr. Die realen verfügbaren Einkommen expandieren etwas langsamer, obwohl die Beschäftigung wieder zunimmt. Denn die Reallöhne steigen nicht mehr so rasch, indirekte Steuern und Abgaben werden heraufgesetzt und öffentliche Zuwendungen zumindest nicht im bisherigen Maße erhöht. Die wachsende Einsicht, dass die »goldenen Jahre« vorüber sind, dürfte in einer gegenüber 2002 etwa stagnierenden Sparquote resultieren. Die Tendenzwende beim Wohnungsbau stimuliert trotz anziehender Zinsen den Absatz langlebiger Güter. Der **Staatsverbrauch** nimmt, bedingt durch die Finanzlage der öffentlichen Hand, mit rund 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub>% ebenfalls weniger lebhaft zu als in den Vorjahren.

Auf dem **Arbeitsmarkt** bessert sich die Situation allmählich, und besonders qualifizierte Kräfte sind wieder stärker gefragt. Die Beschäftigung nimmt langsam zu. Aber die Arbeitslosigkeit steigt zunächst weiter, obwohl die Netto-Zuwanderung nicht mehr so stark sein wird wie früher – sie bleibt aber immer noch lebhaft. Im Jahresdurchschnitt dürfte die Arbeitslosenquote wieder bei 4<sup>3</sup>/<sub>4</sub>% liegen – neben der Schweiz, Luxemburg, Dänemark und Norwegen die niedrigste in Westeuropa.

Unter der Annahme, dass es zu einem auch inflationsdämpfend konzipierten Sozialpakt 2003/2005 kommt, kann im Gegensatz zu den meisten anderen westeuropäischen Ländern mit einer weiteren allmählichen Verlangsamung des Lohnauftriebs und damit des Preisanstiegs gerechnet werden. Stabilisierend wirkt ferner die weitere Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar bei auf Dollarbasis annähernd stabilen Importpreisen für Energie. Andererseits dürften stärker als bisher indirekte Steuern und Abgaben heraufgesetzt werden. Die **Konsumtenpreise** dürften um knapp 4% über dem Niveau von 2002 liegen.

*Abgeschlossen am 24. Juni 2002*

**Arbeitslosenquote**



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.